

Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller, Birgit Buchinger, Ulrike Gschwandtner, Michaela Neumayr

Gender-Budget-Analysen: Methodische und konzeptionelle Grundlagen

Die EU hat 1999 den Einsatz von Gender Budgeting als Gleichstellungsinstrument beschlossen. Seither wird an der konkreten Verankerung in der Haushaltspolitik der Mitgliedsländer gearbeitet. In jüngster Vergangenheit gewinnen Gender-Budget-Analysen daher auch in Österreich an Bedeutung. Im Rahmen des Bundesvoranschlags 2005 führten die Ressorts erstmals für ausgewählte Budgetbereiche eine Analyse aus der Geschlechterperspektive durch. Für eine dauerhafte Verankerung einer geschlechtergerechten Budgetgestaltung bietet Gender Budgeting unterschiedliche Methoden und Instrumente an, ist aber an bestimmte konzeptionelle Grundlagen gebunden, die derzeit in Österreich erst erarbeitet werden müssen.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie von WIFO und Solution im Auftrag des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung: Christine Mayrhuber, Michaela Neumayr, Margit Schratzenstaller (WIFO), Birgit Buchinger, Ulrike Gschwandtner (Solution), Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich (468 Seiten, 70 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27105, Kurzfassung 66 Seiten, 25 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27104) • Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Sutrich • E-Mail-Adresse: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at

Gender Budgeting, ein Ansatz aus dem Bereich der Gender-Impact-Analyse¹⁾, ist innerhalb des öffentlichen Sektors eine wichtige Teilstrategie der Gender-Mainstreaming-Strategie. Gender Budgeting konzentriert sich dabei nicht nur auf die Analyse geschlechtsspezifischer Effekte staatlicher Budgetpolitik, sondern hat als politische Strategie auch eine Veränderung von Budgetstrukturen und -prozessen zum Ziel.

Die Unterschiede in der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Einkommen und Vermögen zwischen den Geschlechtern zeigen nicht nur in Österreich die Notwendigkeit einer Forcierung der tatsächlichen Gleichstellung. Eine stärkere Integration der Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt und damit eine intensivere Nutzung des Potentials der Frauen erhöht die Wirtschaftsleistung, trägt zu einer größeren Wohlfahrt bei und stärkt den sozialen Zusammenhalt (*Aiginger – Tichy – Walterskirchen*, 2006). Festgehalten wurde das Ziel einer Gleichstellung der Geschlechter mit der Verpflichtung zum Gender Mainstreaming, das 1997 im Vertrag von Amsterdam verankert wurde²⁾. Politische Maßnahmen müssen damit in ihrer Formulierung die unterschiedliche ökonomische und soziale Situation von Frauen und Männern berücksichtigen und durch ihre Umsetzung die Gleichstellung verbessern.

Die Anwendung von Gender Mainstreaming im Bereich der Budgetpolitik wird als Gender Budgeting bezeichnet. Der Fokus liegt dabei sowohl auf der Analyse geschlechtsspezifischer Effekte der staatlichen Einnahmen- und Ausgabengestaltung als auch auf der Veränderung von Budgetstrukturen und -prozessen im Sinne der Gleichstellungszielsetzung (*Mayrhuber et al.*, 2006).

**Zur Einführung ins
Gender Budgeting**

¹⁾ Gender-Impact-Analysen (auch Gender Impact Assessment) widmen sich der Untersuchung und Bewertung von Situationen oder Maßnahmen in Hinblick auf geschlechterrelevante Kriterien.

²⁾ Einen umfassenden Überblick über die wichtigsten supranationalen Vereinbarungen bietet die Resolution des Europäischen Parlaments, in der die Mitgliedstaaten zur Einführung von Gender Budgeting sowie die Europäische Kommission zur Unterstützung der Einführung von Gender Budgeting in den Mitgliedstaaten und zur Anwendung von Gender Budgeting auf das EU-Budget aufgefordert werden (*Europäisches Parlament*, 2003).

Die Bedeutung von Gender Budgeting leitet sich aus dem großen quantitativen Gewicht der öffentlichen Haushalte und den damit verbundenen Steuerungs- und Lenkungswirkungen öffentlicher Einnahmen und Ausgaben ab. Gender-Budget-Ansätzen liegt die Annahme zugrunde, dass die Gleichstellung der Geschlechter dann zu verbessern ist, wenn dieses Ziel in allen Politikbereichen – besonders aber in der Budgetpolitik – angestrebt wird: Die Struktur der öffentlichen Haushalte entscheidet nicht nur über die Verteilung von finanziellen Ressourcen, sondern auch über die Verteilung immaterieller Ressourcen (Zeit³). Die Struktur der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben hat direkten und indirekten Einfluss auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Gender Budgeting bietet Instrumentarien für eine genaue Analyse der geschlechtsspezifischen Wirkungen von Einnahmen und Ausgaben. Damit rückt die Gleichstellungspolitik ins Zentrum aller wirtschafts- und budgetpolitischen Entscheidungen (Stiegler, 2002, BEIGEWUM, 2002).

Gender Budgeting: Begriff und gesetzliche Verankerung

Der Begriff "Gender"

Üblicherweise wird der englische Begriff "Gender" nicht übersetzt. Die englische Sprache kennt unterschiedliche Begriffe für die biologisch definierten sowie für die sozial und kulturell definierten Aspekte des Geschlechts ("sex" und "gender"; Oakley, 1972). Eine ähnliche begriffliche Unterscheidung kennt die deutsche Sprache nicht. Die Rollenbilder, Handlungsmuster und Erwartungen, die Frauen und Männern zugeschrieben werden und mit dem Begriff "Gender" gemeint sind, können am besten mit als "soziales Geschlecht" oder "soziales Geschlechterverhältnis" umschrieben werden. "Gender Budgeting" ist in diesem Sinn am besten mit "geschlechtergerechter" oder "geschlechtersensibler" Budgetgestaltung zu übersetzen.

Gender Budgeting ist die Anwendung von Gender Mainstreaming im Budgetgestaltungsprozess. "Gender Mainstreaming" besteht in der Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen" (Council of Europe, 1998).

Gesetzliche Verankerung von Gender Budgeting

Internationale Verpflichtungen: Eine regelmäßige Überprüfung sowie Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte aus Geschlechterperspektive, um bestehende geschlechtsspezifische Disparitäten wie auch ihre Aufrechterhaltung oder Vertiefung durch budgetpolitische Maßnahmen zu identifizieren und zu beseitigen oder zumindest zu verringern, haben die 189 teilnehmenden Staaten 1995 – darunter auch Österreich – im Rahmen der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking vereinbart.

Verpflichtungen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union: Die EU-Mitgliedsländer verpflichteten sich mit dem Vertrag von Amsterdam explizit der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Die Europäische Kommission beschloss 1999 den Einsatz von Gender Budgeting als Gleichstellungsinstrument und arbeitet seither an seiner konkreten Verankerung in der Haushaltspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament hat zudem die Kommission um die Ausarbeitung einer Mitteilung zu Gender Budgeting ersucht, die als Grundlage einer Aktionsstrategie für die EU und die Mitgliedstaaten dient (Europäisches Parlament, 2003).

Verpflichtungen auf nationaler Ebene: Darüber hinaus ist in Österreich eine Haushaltsrechtsreform in Vorbereitung. Einer der vier neuen Grundsätze der Haushaltsführung, die 2011 in Kraft treten sollen, bezieht sich auf eine Verstärkung der Wirkungsorientierung, wobei Gender Budgeting als Maßnahme zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der gesamten Haushaltsführung dienen soll (Steger, 2005).

³) So bilden etwa Betreuungseinrichtungen für die Eltern erst die Grundlage, am Erwerbsarbeitsmarkt teilzunehmen.

Die ersten Gender-Budget-Analysen entstanden im Zusammenhang mit Maßnahmen der Budgetkonsolidierung und Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds. In Australien erstellte die Regierung bereits 1984 Budgetberichte ("Women's Budgets"), die sich mit den Auswirkungen der öffentlichen Ausgaben auf die Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Frauen und Mädchen befassten. Die "Women's Budget Initiative" veröffentlicht in Südafrika seit 1995 jährliche Gender-Budget-Analysen. In Großbritannien werden seit 1989 und in Kanada seit 1993 regelmäßig Gender-Analysen des Budgets vorgelegt. In der Schweiz wurden die ersten Analysen 1996 erstellt. In den anderen Ländern Kontinentaleuropas verbreitet sich der Ansatz des Gender Budgeting verstärkt seit 2000, nicht zuletzt weil die Europäische Kommission 1999 Gender Budgeting als Gleichstellungsinstrument verankert hat (siehe Kasten "Gender Budgeting: Begriff und gesetzliche Verankerung").

Gender Budgeting zielt auf die Verankerung der Geschlechterperspektive in allen Bereichen der Haushaltspolitik. Ein grundlegendes Ziel von Gender-Budget-Analysen ist es, die Prioritätensetzung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen zu thematisieren und im Sinne der Gleichstellungsziele zu verändern. Die Analyse von Budgets erfolgt sowohl auf der Ebene der inhaltlichen Ausrichtung der Staatseinnahmen und -ausgaben als auch auf der Ebene des Prozesses der Budgeterstellung, um eine höhere Transparenz im Budgetstellungsprozess zu erreichen, mit dem Ziel der Mitgestaltung und gleichberechtigten Mitsprache von Frauen.

Die Aktivitäten der öffentlichen Haushalte betreffen die Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes – aufgrund von deren unterschiedlicher gesellschaftlicher, sozialer und ökonomischer Stellung – unterschiedlich und bedienen ihre Bedürfnisse in unterschiedlicher Art und Weise (Michalitsch, 2003, Budlender – Sharp – Allen, 1998). Nicht nur das mit öffentlichen Mitteln finanzierte Leistungsangebot hat Einfluss auf die sozioökonomische Situation der Bevölkerung, sondern auch die darauf aufbauenden substitutiven und/oder komplementären Beziehungen zwischen den öffentlich angebotenen und finanzierten Leistungen und der Erbringung dieser Leistungen im Privatbereich (z. B. Altenbetreuung). Gender-Budget-Analysen erfassen damit auch die Wechselwirkungen zwischen der "Care Economy"⁴⁾ (Versorgungsökonomie) und der Budgetpolitik (Bergmann et al., 2004). Zur Care Economy werden Haus- und Erziehungsarbeit, Pflegetätigkeit, Eigenarbeit und Nachbarschaftshilfe, d. h. unbezahlte Arbeit im eigenen Haushalt, gerechnet. Zeitverwendung für Arbeit außerhalb des Marktes und des Staatssektors umfasst zudem bezahlte und unbezahlte Arbeit (in Form ehrenamtlichen Engagements) im "Dritten Sektor" sowie inoffizielle Arbeit im illegalen Sektor (Gubitzer, 2001). Ein weiteres Ziel von Gender-Budget-Analysen ist somit, jene Teile der Ökonomie sichtbar zu machen, die nicht zum Markt- oder Staatssektor oder zum bezahlten Teil des "Dritten Sektors" gehören (Himmelweit, 2002).

Die Herangehensweise zur Analyse öffentlicher Haushalte aus einer Gender-Perspektive hängt von mehreren Rahmenbedingungen ab: Zum einen ist relevant, ob die Einnahmen- oder die Ausgabenseite untersucht werden soll. Die bislang vorliegenden nationalen und internationalen Analysen konzentrieren sich überwiegend auf die Staatsausgaben (Elson, 1999, 2001, Madörin, 2002, Rake, 2002, Mayrhuber et al., 2006), obwohl die Beschaffung öffentlicher Gelder über das Steuer- und Abgabensystem ebenso genderspezifische Wirkungen aufweist (De Villota – Ferrari, 2001, Einhaus – Kitzmantel – Rainer, 2006) wie alle Formen der öffentlichen Ausgaben.

Zum anderen hängt die Herangehensweise vom Ziel der Gender-Budget-Analyse ab: ob eine zeitpunktbezogene Status-quo-Analyse der Nutzungsstruktur öffentlicher Leistungen intendiert ist, ob die Frage von kurz- oder mittelfristigen diskretionären Veränderungen, d. h. Ausgabenerhöhungen oder -senkungen im Vordergrund steht,

⁴⁾ "Care Economy" – oder "andere Ökonomie" – bezeichnet jenen Wirtschaftssektor, in dem Versorgungs- und Reproduktionsarbeit geleistet wird; zur Vernachlässigung der Care Economy in den konventionellen ökonomischen Modellen vgl. auch Donath (2000).

Erste Gender-Budget-Analysen in den achtziger Jahren

Vielschichtige Ziele

Konzeptionelle Grundlagen von Gender-Budget-Analysen

um nur einige Beispiele zu nennen. Weiters spielt für die Auswahl des Analyseinstrumentariums eine entscheidende Rolle, welcher (Teil-)Budgetbereich untersucht werden soll.

Gender Budgeting keine singuläre Maßnahme, sondern ein Prozess

Im Pilotprojekt "Gender-Budget-Analyse für das Land Oberösterreich" wurde die Prozessebene von Gender Budgeting gesondert erhoben und ausgewertet. Auch im Handbuch "Gender Budgeting" betonen die Autorinnen die Notwendigkeit, konkrete Projekte durchzuführen und alle Schritte zu dokumentieren: "Im Zuge der Arbeiten wurde klar, dass es . . . notwendig ist, praktische Handlungsmöglichkeiten und -schritte zu erarbeiten, die eine Umsetzung der theoretischen Einsichten in die Praxis unterstützen" (Bergmann et al., 2004, S. 3). Die Autorinnen verweisen weiters auf die Notwendigkeit der Analyse der formalen und informellen Entscheidungsprozesse sowie einer vertiefenden Diskussion zu Budgetfragen: "Nicht eine vollständige und perfekte Analyse ist relevant, sondern der Anstoß der Arbeit zu einer vertieften Diskussion über mögliche Änderungen im Budgetprozess und in der Verwendung des Budgets. Dies ist bereits ein erster Schritt hin zu einer stärkeren Beteiligung am Budgetprozess" (Bergmann et al., 2004, S. 58).

In der Prozessbegleitung der oberösterreichischen Gender-Budget-Analyse wurden unterschiedliche Methoden eingesetzt. Neben drei Workshops mit Vertretern und Vertreterinnen der von der Gender-Budget-Analyse betroffenen Abteilungen Gesundheit, Bildung und Sport wurden qualitative Interviews mit je einer Person aus den im Landtag vertretenen Parteien durchgeführt, um deren Wahrnehmung der Gender-Budget-Analyse und der Ergebnisse zu erheben. Insgesamt wurde der Rückkoppelung der einzelnen Projektschritte und -ergebnisse an die Auftraggeber sowie den interdisziplinären Diskussionen im Forschungsteam großes Augenmerk geschenkt.

Die Analyse des Prozesses erfolgte auf drei Ebenen: auf der Ebene der Strukturen (etwa Rahmenbedingungen, Abläufe und Spielräume in der Budgeterstellung), der Akteure und Akteurinnen (etwa die Frage nach den in die Erstellung von Budgets eingebundenen Personen) und der Inhalte (etwa die Frage nach dem vorhandenen Wissen über Gleichstellung und Gender-Budget-Analysen). Allfällige Hindernisse und Widerstände wurden ebenso diskutiert wie die konkreten Erfahrungen der Akteure und Akteurinnen bei der Umsetzung auf der Ebene von Verwaltung und Politik.

Aus der Sicht der Prozessbegleitung sind folgende Ergebnisse zentral: Für die optimale Durchführung einer Gender-Budget-Analyse ist die Definition von Gleichstellungszielen durch die beauftragende Organisation oder Verwaltungseinheit vor Projektbeginn unerlässlich, ebenso sind Ziele für die Durchführung einer Gender-Budget-Analyse zu definieren. Darüber hinaus ist eine Klärung der Datenlage bereits vor Projektbeginn empfehlenswert, um die für eine Gender-Budget-Analyse benötigten Ressourcen möglichst genau planen zu können. Eine Verschränkung von Prozessen der Verwaltungsreform (etwa wirkungsorientierte Verwaltung) und der Ergebnisse von Gender-Budget-Analysen ist unabdingbar. Die Beteiligten sollten über Gender-Kompetenz bzw. über Gender-Wissen verfügen. Insgesamt ist die aktive Miteinbeziehung der Abteilungen, die mit der Gender-Budget-Analyse befasst sind, von großer Bedeutung. Auch eine aktive externe und interne Öffentlichkeitsarbeit bildet eine wesentliche Rahmenbedingung von Gender-Budget-Analysen. Aus der Sicht des Forschungsteams scheint eine interdisziplinäre Zusammensetzung des Teams eine wesentliche Voraussetzung für eine breite und umfassende Analyse.

Eine bestimmende Rahmenbedingung ist auch die Verfügbarkeit von Daten, da im ersten Schritt die Zusammenhänge zwischen Budgeteinnahmen und/oder Budgetausgaben und konkreten Personen und ihrer ökonomischen Lage sichtbar gemacht werden müssen. Zu personenbezogenen staatlichen Transfers ist eine entsprechende Datengrundlage verfügbar, nicht aber zur Struktur der Nutzung von staatlichen Infrastrukturausgaben oder von öffentlichen Investitionen usw. Eine Informations- bzw. Datenbasis für das Gender Budgeting beschränkt sich allerdings nicht auf die getrennte Erfassung von Frauen und Männern in den Statistiken, doch ist dies eine grundlegende Voraussetzung für weitere Arbeiten (Wroblewski – Leitner – Steiner, 2004).

Unter diesen Rahmenbedingungen für Gender-Budget-Analysen werden für die Analyse der Wirkung öffentlicher Ausgaben aus Geschlechterperspektive unterschiedliche Methoden angewandt. Für Inzidenzanalysen, Beschäftigungs- und Einkommensanalysen sowie Wirkungsanalysen⁵⁾ bildet die Entwicklung und Anwendung von genderspezifischen Analysekr iterien und -indikatoren einen wichtigen Ausgangspunkt.

Zur Erfassung und Bewertung von Ungleichheiten in der Lebenssituation von Frauen und Männern sowie zur Erfassung des Angebotes an öffentlichen Leistungen in den verschiedenen Budgetbereichen und ihrer Ausgabeneffekte sind geschlechtsspezifische Analysekr iterien erforderlich. Sie stellen auf die Inputebene, die Outputebene und die Ebene des Outcome ab (Mayrhuber et al., 2006):

- Die Untersuchung des Inputs umfasst die Ressourcen, die für die Bereitstellung einer bestimmten öffentlichen Leistung verwendet werden; das sind sowohl die eingesetzten Budgetmittel als auch die damit verbundene Beschäftigung (Ressourcenanalyse).
- Die Untersuchung des Outputs befasst sich mit dem direkten, unmittelbaren Ergebnis einer Maßnahme bzw. der Bereitstellung einer öffentlichen Leistung; hier geht es um die Inanspruchnahme der Leistungen durch die unmittelbaren Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach dem Geschlecht.
- Die dritte Untersuchungsebene (Outcome) umfasst die mittelbaren Effekte und auch die Folgewirkungen öffentlicher Ausgaben.

Die Systematisierung der Untersuchungsschritte in Übersicht 1 konkretisiert die drei genannten Untersuchungsebenen: Gender Budgeting reicht von der Analyse der jeweils vom Untersuchungsbereich abhängigen Ausgangssituation, der geschlechtsspezifischen Beschreibung der angebotenen öffentlichen Leistungen über die damit verbundenen Beschäftigungs- und Einkommenseffekte und die unterschiedliche Inanspruchnahme der Leistungen bis hin zum Ergebnis der Leistungsanspruchnahme. Hier sind sowohl die indirekten Effekte aus der Inanspruchnahme einer öffentlichen Leistung für Frauen und Männer berücksichtigt als auch die Struktureffekte öffentlicher Leistungen auf die Arbeit außerhalb von Markt und Staat (unbezahlte Arbeit im Privathaushalt, ehrenamtliche und inoffizielle Arbeit) sowie die geschlechtsspezifische Verteilung von Arbeit und Zeit.

Die funktionale finanzwirtschaftliche oder ökonomische Gliederung der öffentlichen Haushalte ist mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen für Gender-Budget-Analysen verbunden. Insgesamt können Ausgabenanalysen entlang der traditionellen Voranschlagsgruppen die komplexen Finanzierungsstrukturen einzelner Leistungsangebote nicht vollständig abbilden. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden oder die unterschiedliche Ressortzuständigkeit der verschiedenen Ausgabenbereiche für die jeweilige Leistungserstellung⁶⁾ trägt ebenso zu dieser Komplexität bei wie die wachsende Bedeutung der Auslagerungen oder die Verbreitung neuer Finanzierungsformen im Bereich der öffentlichen Leistungserstellung (Public-Private Partnerships).

Gender-Budget-Analysen müssen sich einerseits an solchen komplexen Budgetstrukturen orientieren, da diese Gegenstand der Analyse sind. Andererseits geht der Anspruch von Budgetanalysen aus einer Geschlechterperspektive über die Grenzen traditioneller Budget-Wirkungsanalysen hinaus, weil sie auch die mittelbaren Effekte öffentlicher Haushalte und deren Folgewirkungen einbeziehen. Darüber hinaus müssen Änderungsvorschläge für eine gendergerechte Budgetgestaltung so gestaltet

Analysekr iterien als Ausgangspunkt von Gender-Budget-Analysen

Zahlreiche Einschränkungen

⁵⁾ Drei Analysemethoden (Ausgabeninzidenzanalyse, Beschäftigungs- und Einkommensanalyse sowie ein Bereich der Wirkungsanalyse) beschreiben Mayrhuber – Schratzenstaller – Neumayr (2007) im vorliegenden Heft ausführlich. Sie werden an dieser Stelle daher nur exemplarisch aufgelistet.

⁶⁾ So unterscheiden sich etwa die Zuständigkeiten für Bildungsausgaben in Abhängigkeit davon, ob es um Personal- oder Sachausgaben geht.

sein, dass sie mit den budgetpolitischen Entscheidungsstrukturen in Verbindung gebracht werden können.

Übersicht 1: Untersuchungsaspekte der Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich

1. *Bereichsspezifische Ausgangssituation*
 - 1.1 Aufgabendefinition der zu analysierenden Institution, Zuständigkeiten und Kompetenzen
 - 1.2 Bereichsspezifische politische Ziele und Gleichstellungsziele
 - 1.3 Strukturunterschiede zwischen den bereichsspezifischen Lebensbedingungen von Frauen und Männern
2. *Angebotene Leistungen (Input und Output)*
 - 2.1 Eingesetzte Budgetmittel
 - 2.2 Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der weiteren konkreten Mittelverwendung
 - 2.3 Voraussetzungen für die Mittelgewährung und Vergabemodalitäten
 - 2.4 Art, Ausmaß und Struktur der angebotenen bereichsspezifischen Leistungen (geschlechtsspezifische Aspekte des Angebotes)
3. *Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen (Input)*
 - 3.1 Direkte Beschäftigungs- und Einkommenseffekte im öffentlichen Dienst
 - 3.2 Beschäftigungs- und Einkommenseffekte in öffentlich (mit-)finanzierten Einrichtungen und für öffentlich (mit-)finanzierte private Anbieter
 - 3.3 Beschäftigungs- und Einkommenseffekte in durch Investitionen und laufenden Sachaufwand geförderten Wirtschaftsbereichen
4. *Inanspruchnahme der Leistungen (Output)*

Ausmaß und Struktur der Inanspruchnahme nach Geschlecht
5. *Ergebnis der Inanspruchnahme der Leistungen (bereichsspezifischer Outcome)*
 - 5.1 Ergebnis der Inanspruchnahme für Personen mit Leistungsbezug
Individuelle indirekte Effekte aus Leistungsbezug und Inanspruchnahme
 - 5.2 Ergebnis der Inanspruchnahme für andere Personen(-gruppen)
Individuelle externe Effekte für mittelbar Betroffene
Gesamtwirtschaftliche externe Effekte
 - 5.3 Bewertung der Bedarfserfüllung (aus Gleichstellungsperspektive)
Zufriedenheit mit dem Leistungsangebot, Bedarf an zusätzlichen oder anderen Leistungen
6. *Indirekte Effekte der Leistungserbringung (Outcome, Schwerpunkt "Arbeit außerhalb von Markt- und Staatssektor")*

Erforderliche Leistungen, die mit den Ausgaben verbunden sind (vor- und nachgelagert), differenziert nach unbezahlter, ehrenamtlicher und inoffizieller Arbeit, den darin gegebenen "Beschäftigungsverhältnissen" und eingesetzten Arbeitsvolumina nach dem Geschlecht

 - 6.1 Aspekte ehrenamtlicher Tätigkeit
Motivation und Nutzenaspekte
Ausmaß und Struktur
 - 6.2 Unbezahlte Arbeit (Familienangehörige, Nachbarschaftshilfe)
Motivation und Nutzenaspekte
Ausmaß und Struktur
 - 6.3 Inoffizielle Arbeit
Motivation und Nutzenaspekte
Ausmaß und Struktur

Q: WIFO.

Die Gesundheitsausgaben etwa werden in Österreich von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern getätigt. Eine "Top-down-Analyse", also die Analyse der Budgetausgaben bis hin zu den Nutzerinnen und Nutzern der angebotenen Gesundheitsdienstleistungen, sollte diese Verflechtungen berücksichtigen und alle entsprechenden Finanzierungsträger einbeziehen. Damit wären aber keine Rückschlüsse auf die Budgetwirkungen einzelner Finanzierungsträger möglich. Vor allem die Outcomes einzelner Budgetbereiche, also die indirekten Effekte der Verteilung bezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern, sind so nicht mehr auf einzelne Budgets zurechenbar.

Schlussfolgerung

Aus ökonomischer Sicht können Gender-Budget-Analysen dem Konzept der wirkungsorientierten Haushaltsführung ebenso zugeordnet werden wie dem Konzept einer umfangreichen Kosten-Nutzen-Analyse öffentlicher Haushalte. Aus soziologischer Sicht bedeutet die geschlechtergerechte Budgetgestaltung eine systematische Erweiterung der Analyse auf die Geschlechterverhältnisse in der Versorgungsökonomie (unbezahlte Hausarbeit) und im Dritten Sektor (Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe usw.). Aus politologischer Sicht ist der Weg hin zu geschlechtergerechten

Budgets mit einer stärkeren Partizipation unterschiedlicher Gruppen am Budgetgestaltungsprozess verbunden.

Zur Verbesserung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, die durch das Gender Mainstreaming bereits verpflichtend verankert ist, ist eine detaillierte Analyse der öffentlichen Haushalte erforderlich. Gender-Budget-Analysen dienen zur Erfassung und Systematisierung der Anreizwirkungen, die öffentliche Haushalte und die öffentliche Hand auf Frauen und Männer haben. Damit werden eine effiziente Steuerung öffentlicher Mittel und ein gezielter Ressourceneinsatz forciert.

Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Zusammenfassung, WIFO, Wien, 2006, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27639.

BEIGEWUM (Hrsg.), Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Wien, 2002.

Bergmann, N., Gubitzer, L., Klatzer, E., Klawatsch-Treiftl, E., Neumayr, M., Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung, Wien, 2004.

Budlender, D., Sharp, R., Allen, K., How to Do a Gender-sensitive Budget Analysis, London, 1998.

Bundesministerium für Finanzen, Ist das österreichische Steuersystem tatsächlich "geschlechtsneutral"? Ergebnis eines Lohn- und Einkommensteuervergleichs Männer-Frauen, Wien, 2002.

Council of Europe, Gender Mainstreaming: Conceptual Framework, Methodology and Presentation of Good Practise, Straßburg, 1998.

De Villota, P., Ferrari, I., The Impact of the Tax/Benefit System on Women's Work, Madrid, 2001.

Donath, S., "The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics", Feminist Economics, 2000, 6(1), S. 115-123.

Einhaus, A., Kitzmantel, E., Rainer, A., "Ist die Einkommensbesteuerung geschlechtsneutral?", Bundesministerium für Finanzen, Working Paper, 2006, (2), https://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/Working-Papers/WP_2_2006.pdf.

Elson, D., Gender Budget Initiative, Commonwealth Secretariat, London, 1999.

Elson, D., Gender Responsive Budget Initiatives: Some Key Dimensions and Practical Examples, Beitrag zur Konferenz von UNIFEM, OECD und Nordic Council "Towards Gender Responsive Budgeting", Brüssel, 2001.

Europäisches Parlament, Entwurf eines Berichts über "gender budgeting" – Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten, 2002/2198 (INI), Straßburg, 2003.

Gubitzer, L., "Existenzsicherndes Grundeinkommen. Frauenrecht oder Frauenfalle am Beispiel von Arbeit", in Heitzmann, K., Schmidt, A. (Hrsg.), Frauenarmut, Frankfurt am Main, 2001, S. 163-194.

Himmelweit, S., "Making Visible the Hidden Economy: The Case for Gender-Impact Analysis of Economic Policy", Feminist Economics, 2002, 8(1), S. 49-70.

Klatzer, E., "Einfluss nehmen auf die Budgetpolitik. Internationale Initiativen und Erfahrungen mit Engendering Budgets", in Gubitzer, L., Trukeschitz, B., Frauen und Budget, Frankfurt am Main, 2004.

Madörin, M., "Engendering Budgets – Eine Frage der wirtschaftspolitischen Steuerung", in Frauenrat Basel-Stadt, Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (Hrsg.), Gender Balance – Equal Finance, Basel, 2002, S. 6-13.

Mayrhuber, C., Neumayr, M., Schratzenstaller, M., Buchinger, B., Gschwandtner, U., Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich, WIFO, Wien, 2006, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=27105.

Mayrhuber, Ch., Schratzenstaller, M., Neumayr, M., "Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich. Ausgewählte Teilergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(1), S. 55-64, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=28023.

Michalitsch, G., "Wer, wie viel, für was? Gender Budgeting und öffentliche Finanzen", in Dackweiler, M., Horning, U., Frauen – Macht – Geld, Münster, 2003, S. 228-244.

Michalitsch, G., "Kein Haushalt ist geschlechtsneutral", in Gender Budget Initiative München, Haushalt für alle! Mit Gender Budgeting zum geschlechtergerechten Haushalt, München, 2005, S. 8-22.

Oakley, A., Sex, Gender and Society, London, 1972.

Rake, K., "Gender Budgets: The Experience of UK's Women's Budget Group", in Frauenrat Basel-Stadt, Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (Hrsg.), Gender Balance – Equal Finance, Basel, 2002, S. 14-20.

Steger, G., Haushaltsrechtsreform 2006, Bundesministerium für Finanzen, Wien, 2005.

Stiegler, B., "Wie Gender in den Mainstream kommt", in Bothfeld, S., Gronbach, S., Riedmüller, B. (Hrsg.), Gender Mainstreaming – Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik, Frankfurt am Main–New York, 2002, S. 19-40.

Wroblewski, A., Leitner, A., Steiner, P., Gendersensible Statistik. Vom Sex-Counting zur Genderanalyse, IHS, Wien, 2004.

Literaturhinweise

Gender Budget Analysis: Methodical and Conceptual Basis – Summary

The different economic situation of men and women in Austria demonstrates the necessity to adopt further equality measures. The systematic use of gender budget analysis constitutes an important basis for the improvement of gender equality. Since 1999, the European Union has considered gender budgeting an instrument for the promotion of gender equality that is to be applied also in the national budgets. At the federal level, first analyses from a gender perspective were carried out by the ministries for selected budget areas within the framework of the 2005 budget estimate. On the whole the gender budget analyses made so far in Austria show great heterogeneity. A permanent establishment of gender-fair budgeting is tied to the conceptual starting points outlined and to the methodical conditions described here. A collection and systematisation of the incentive effects budget policy has on women and men in addition require the know-how of those involved in drawing up the budget so as to enable an intensified use of resources in terms of an effect-oriented administrative management.